

# Unternehmer fordern eine neue Bahntrasse

**Eutin/bu** – Die Zustimmung des Bundestags zum Bau der festen Fehmarnbelt-Querung erfordert jetzt konkrete Planungen für die Verkehrsverbindungen auf Straßen und Gleisen von Puttgarden bis Lübeck. Das heben übereinstimmend der Unternehmensverband Ostholstein-Plön und die FDP in ihren Stellungnahmen zur Entscheidung in Berlin hervor.

„Damit ist ein lange überfälliger Schritt auf dem Wege zur Realisierung dieses großen europäischen Infrastrukturprojekts gelungen“, lobte Verbandschef Hans-Peter Wandhoff. Mit der Ratifizierung des Staatsvertrages rückten jetzt die Aufgaben in den Vordergrund, die auf deutscher Seite im Zuge der Hinterlandanbindung anzupacken seien.

Wandhoff: „Neben der nach wie vor ungelösten Problematik der zweispurigen und eingleisigen Fehmarnsundbrücke muss hier vor allem der anforderungsgerechte Ausbau der Schieneninfrastruktur auf der Vogelfluglinie zu einem leistungsfähigen Verkehrsweg erfolgen, wenn die feste Fehmarnbeltquerung ihre volle Wirksamkeit entfalten soll.“

Ein Arbeitskreis des Verbandes habe zuletzt vor allem das Thema „Schienenverkehr und Bahntrasse“ diskutiert. Ein Ergebnis: „Neben der beschlossenen Elektrifizierung und dem mindestens zweigleisigen Ausbau der bestehenden Strecke wird eine Neubaustrasse unumgänglich sein.“ Deshalb werde der Verband in Zusammenarbeit mit den Kreisen, der IHK und der Hansestadt Lübeck beim Verkehrsminister des Landes darauf dringen, dass baldmöglichst eine zufriedenstellende Alternative ausgewählt werde, sagte Wandhoff.

Zugleich kritisierte der Verbandsvorsitzende, dass die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina

Hagedorn (SPD) zu einseitig die Gegner der Fehmarnbeltquerung unterstützt habe. Sie habe sich damit nicht nur gegen die Position ihrer eigenen Partei auf Landesebene gestellt, „sondern auch die Interessen der regionalen Wirtschaft gänzlich vernachlässigt“.

Hagedorn hatte ihr Nein zum Staatsvertrag vor allem mit den Finanzrisiken bei dem Projekt begründet, vor denen auch der Bundesrechnungshof laut gewarnt hat. Die SPD-Politikerin: „Der Staat nimmt in diesen Zeiten der Finanz- und Konjunkturkrise Steuergelder in teils schwindelerregender Höhe in die Hand, um gefährdete Arbeitsplätze zu sichern. Im Fall der Fehmarnbeltquerung ist es aber genau umgekehrt: Hier soll der deutsche Staat bis zu 1,5 Milliarden Euro in die Hinterlandanbindung investieren, obwohl durch das Gesamtprojekt perspektivisch 600 Arbeitsplätze allein auf Fehmarn im Rahmen des Fährverkehrs bedroht sind.“

Im Gegensatz zu Hagedorn herrscht auch bei der FDP in Ostholstein eitel Sonnenschein. Der Kreisvorsitzende Jörg Hansen, der Fraktionschef Manfred Breiter und der Bundestagskandidat Hendrik Siegel betonten, dass ihre Partei als einzige seit 20 Jahren geschlossen für das Projekt eingetreten sei. Jetzt gelte es, die Hinterlandanbindung zu gestalten und „dabei die Bedürfnisse und berechtigten Sorgen der Bürger zu berücksichtigen“.

In Anbetracht der geschlossenen Haltung der Gemeinden und des Kreises Ostholstein sowie mit der Unterstützung der Landesregierung sollte es gelingen, die Trassenführung zu beeinflussen. Breiter macht aber auch kein Hehl daraus, dass die bisher eingeplanten Mittel nicht ausreichen werden: „Eine zweite Fehmarnsundquerung ist unabdingbar. Hier muss der Bundestag nachbessern.“